

"Sozialste Tat ist, den Menschen wieder auf die eigenen Füße zu stellen"

Statement des KKV-Bundesverbandes zum "Grundeinkommen" (Entwurf)

Stand: 12.03.09

"Man hilft den Menschen nicht, wenn man etwas für sie tut, was sie selbst tun könnten." (Abraham Lincoln)

Mit dieser Aussage brachte bereits der frühere amerikanische Präsident Lincoln ein Problem auf den Punkt, das in unserer Gesellschaft immer drängender wird. Die derzeitige Diskussion zum Thema "**Grundeinkommen**" zeigt, dass diese Erkenntnis immer wieder in Vergessenheit gerät.

Eigenverantwortung im Sinne des Subsidiaritätsprinzips (Hilfe zur Selbsthilfe) ist nicht unsozial, sondern das Kennzeichen einer Gesellschaft, die soziale Gerechtigkeit anstrebt. **Sozial ist deshalb, was den Einzelnen zur Eigeninitiative ermutigt und zur Eigenständigkeit befähigt.** Schließlich kann auch der Staat nur das verteilen, was andere vorher erwirtschaftet haben. Wer sich nur um die Verteilung des Kuchens Gedanken macht und nicht um seine Herstellung, vergisst, dass auch der Staat unsozial handelt, wenn er seinen Bürgern immer mehr von dem Geld abnimmt, das sie vorher - oftmals sauer genug - verdient haben.

Abgesehen von dem Finanzierungsproblem stellt sich bei der Zahlung eines bedingungslosen Grundeinkommens nämlich die grundsätzliche Frage: Entspricht es dem christlichen Menschenbild, wenn der Staat ohne Gegenleistung den Bürgern einfach so Geld zur Verfügung stellt. Damit würde ein Systemwandel eingeleitet. Denn in der sozialen Marktwirtschaft ist jeder für sich selbst verantwortlich. Nur wer diese Verantwortung nicht wahrnehmen kann, hat Anspruch auf soziale Hilfe. Das Grundeinkommen würde dieses Prinzip auf den Kopf stellen.

In seinem Buch "Die Verwöhnungsfalle - Für mehr Konsequenz in der Erziehung" kritisiert der Autor *Dr. Albert Wunsch* zu Recht, dass Verwöhnung in der Erziehung letztlich dazu führt, dass Kindern die Chance genommen wird, eigenverantwortliche Persönlichkeiten zu werden. Auf die Politik bezogen heißt das, *"eine Politik welche sich am christlichen Menschenbild und damit an der katholischen Soziallehre orientiert, wird die Förderung des Einzelnen zum Ziel haben. Der Leitsatz: ‚Durch Herausforderung zur Eigenverantwortung‘ bringt dies auf den Punkt. Viele staatliche Initiativen orientieren sich z. Z. jedoch am Gegenteil. Der Staat ruft immer häufiger und lauter: „Ich mach das schon, das kann ich besser!“ Dabei verhindert eine auf Dauer angelegte Fürsorge für jeden, ohne Ansehen des*

*Einzelfalls, letztlich jegliche Eigeninitiative. Sie widerspricht damit auch dem Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre."*¹

Wunsch weiter: *"So wenig wie man Kindern hilft, in dem man sie verwöhnt, so wenig hilft ein Sozialstaat, wenn er nur finanziell unter die Arme greift. Sozialpolitik bedeutet demnach, jedem die Chance auf selbstgeschaffenen Wohlstand zu geben, aber nicht durch Ansprüche an den Staat. **Die sozialste Tat ist deshalb, Menschen wieder auf die eigenen Füße zu stellen.** Geldzuwendungen sind auf Dauer kein Mittel zur Überwindung von Notsituationen. Auf diese Weise werden vielmehr Kräfte zur Veränderung gelähmt, entsteht Abhängigkeit, wird Menschenwürde torpediert. Stattdessen steht an, in Not geratene Menschen wieder zur eigenständigen Lebensführung zu befähigen. Wer nur Hindernisse beseitigt, hilft nicht wirklich. Wer als Kind erlebt hat, dass ihm alle Hürden weggenommen werden, wird nie lernen, Hürden zu überwinden. Leichter ist eben nicht besser."*¹

*"Wie tief das Bewusstsein verdrängt wurde, für das eigene Leben die Hauptverantwortung zu haben, zeigt sich auch in den großen Anstrengungen von Städten, Ländern und Arbeitsämtern, durch Sonderprogramme die Motivation zur Berufstätigkeit erst wieder schaffen zu müssen. Spezialisten suchen zwar die Arbeitslosen – aber keine Arbeit-Suchenden – zu Hause auf, sollen motivieren, Bewerbung trainieren und Stellen vermitteln. Firmen erhalten Lohnkostenzuschüsse, alles wird unternommen, um eine erneute Integration ins Arbeitsleben zu ermöglichen."*²

Rückbesinnung auf das Subsidiaritätsprinzip

Also: Nötig ist eine Rückbesinnung auf das Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre. Danach ist – man kann es nicht oft genug wiederholen – jeder Mensch zuerst einmal für sich selbst verantwortlich. Für Abhilfe bei Problemen wird stufenweise gesorgt. Zunächst in seinem Umfeld – durch die Familie, durch Freunde und Nachbarn. Können die nicht helfen, wendet er sich an kirchliche oder soziale Einrichtungen. Erst auf der letzten Stufe tritt dann Vater Staat in Aktion.

Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft

Im Übrigen baut auch die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft auf der Grundlage der Freiheit und Eigenverantwortung des Menschen auf. Schon Ludwig Erhard formulierte deshalb bereits 1957: *"Soziale Marktwirtschaft kann nicht gedeihen, wenn die ihr zugrunde liegende Haltung, das heißt die Bereitschaft, für das eigene Schicksal Verantwortung zu tragen und aus dem Streben nach Leistungssteigerung an einem ehrlichen freien Wettbewerb teilzunehmen, durch vermeintliche soziale Maßnahmen zum Absterben verurteilt wird. ... Das Ideal beruht auf der Stärke, dass der einzelne sagen kann: Ich will*

*mich aus eigener Kraft bewähren, das Risiko des Lebens selbst zu tragen, für mein Schicksal verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, dass ich dazu in der Lage bin."*³

Die bisherigen Vorschläge zum Grundeinkommen stellen dieses Prinzip jedoch auf den Kopf. Denn in der sozialen Marktwirtschaft ist jeder für sich selbst verantwortlich. Nur wer diese Verantwortung nicht wahrnehmen kann, hat Anspruch auf soziale Hilfe.

Soziale Gerechtigkeit

Nun gehört die Frage der "sozialen Gerechtigkeit" ganz sicher zu den Kernstücken der katholischen Soziallehre und damit auch der katholischen Sozialverbände. Der Jesuit und Sozialethiker *Walter Kerber* zieht daraus den Schluss: *"Die Vieldeutigkeit des Gerechtigkeitsbegriffs lässt sich nur überwinden, wenn man angibt, welche Art von Gleichheit hergestellt werden soll. Soziale Gerechtigkeit kann nicht 'jedem das gleiche' bedeuten, also nicht völlige Gleichheit der Lebenssituationen, der Ergebnisse des gesellschaftlichen Verteilungsprozesses. Eine solche Ergebnisgleichheit würde dem Menschen in ihrer Verschiedenheit nicht gerecht. Soziale Gerechtigkeit kann also bestenfalls Gleichheit der Ausgangschancen bedeuten, der Startbedingungen, unter denen der einzelne die Möglichkeit erhält, durch eigene Leistung im Leben voranzukommen."*⁴

Zutreffend ist deshalb auch, dass es eine entscheidende Aufgabe sein wird, *"die Familie als primären Ort des Heranwachsens von Kindern und damit als Garant nachwachsender Generationen zu stärken und die Bereitschaft für neue Formen solidarischer sozialer Sicherung zu aktivieren"*.⁵ Deshalb müssen nach unserer Überzeugung Familien in ihren Erziehungsmöglichkeiten auch finanziell so unterstützt werden, dass sie selbst entscheiden können, wie sie ihren Erziehungsauftrag wahrnehmen wollten.

Soziale Gerechtigkeit und Eigenverantwortung sind deshalb keine Gegensätze, sondern die zwei Seiten derselben Medaille. *Der Sozialstaat muss so reformiert werden, dass die Bürger stärker zu eigenverantwortlichem und solidarischem Leben befähigt werden. Ähnlich wie beim "Mindestlohn" ist nicht die "edle Intention" entscheidend, sondern die Wirkung, die sich bei der Umsetzung der Forderung einstellen würde.*⁶

Verfasser: *Bernd-M. Wehner, Vorsitzender des KKV-Diözesanverbandes Köln*

¹ Aussage von Dr. Wunsch auf DHVers des KKV DV Köln am 05.04.08

² Wunsch, Die Verwöhnungsfalle, S. 171

³ Rheinische Post, 27.09.08

⁴ Türk, Was heißt "Soziale Gerechtigkeit", S. 250

⁵ Die deutschen Bischöfe "Das Soziale neu denken" vom 12.12.03, S. 11

⁶ Rheinischer Merkur, "Mehr Mut zum Risiko" vom 29.11.07